**Democracy and the State: Post- and Decolonial Perspectives - internationale Tagung an der Universität Koblenz**

Eine internationale Tagung zum Thema „Post- and Decolonial Perspectives“ mit hochkarätigen Expert\*innen und zahlreichen Teilnehmer\*innen hat an der Universität Koblenz stattgefunden.

Betrachtet man die geraden Grenzlinien auf einer politischen Karte Afrikas, wird klar, dass diverse Länder Zentral- und Südamerikas nicht maximal dreisprachig sind – wie etwa die Schweiz, sondern dass dort zuweilen, etwa in Guatemala, mehr als zwanzig verschiedene Sprachen gesprochen werden. Vergegenwärtigt man sich zudem die starke Verbreitung von Gewalthandeln und Elementen der Willkürherrschaft in den unterschiedlichsten Kontexten des globalen Südens, wird deutlich, dass Staatlichkeit in Postkolonien, also ehemals kolonisierten Ländern, oft anders funktioniert als im sozialwissenschaftlichen Lehrbuch, das vorsieht, dass sich Staatsvolk und Staatgebiet decken und die Staatsgewalt souverän und bestenfalls demokratisch organisiert ist. Zudem, dass der Unterschied zwischen Lehrbuch und Wirklichkeit kaum angemessen verstanden werden kann, ohne den Einfluss und die Nachwirkungen des europäischen Kolonialismus zu berücksichtigen. Letzteres passiert in den Sozialwissenschaften bislang erst wenig. Der erwähnte Unterschied zwischen Lehrbuch und Wirklichkeit wird schlicht als Entwicklungsdefizit beschrieben. Die Koblenzer Tagung „Democracy and the State: Post- und Decolonial Perspectives“ hat hier andere Wege eingeschlagen.

Den Auftakt machte Luciana Ballestrin von der Universidade Federal de Pelotas in Brasilien, die in einem öffentlichen Vortrag dafür plädierte, Erfahrungen aus dem globalen Süden wesentlich stärker als bislang in die internationale politiktheoretische Debatte über die Krise der Demokratie einfließen zu lassen. Die genannte Debatte ist vornehmlich auf Nordamerika und Europa konzentriert, anstatt die Krise der Demokratie als globales Phänomen zu verstehen und deshalb auch die teilweise wesentlich älteren Krisenphänomene außerhalb der euro-atlantischen Welt zu berücksichtigen. Auf diese Weise wird analytisches Potential verspielt, nicht zuletzt bezogen auf längst entwickelte Mechanismen der Krisenbewältigung.

Post- und dekoloniale Studien haben sich als transdisziplinäre Forschungsrichtung entwickelt, die das Ziel verfolgt, das Fortwirken kolonialer Logiken nachzuverfolgen und kritisch zu analysieren. Wissenschaftlich gut verankert sind sie bislang vor allem in der Anglistik und der Lateinamerikanistik. Der Politologe Francisco Carballo vom Centre for Postcolonial Studies am Goldsmiths der University of London beschäftigte sich in seinem Vortrag vor diesem Hintergrund mit dem Werk des peruanischen Sozialwissenschaftlers Aníbal Quijano, der als Begründer des dekolonialen Ansatzes gilt und zuvor als Dependenztheoretiker bekannt war. Als dessen zentrales Vermächtnis identifizierte Carballo die Einsicht, dass eine Analyse des globalen Kapitalismus nicht ohne Rassismusanalyse auskommen kann.

Die Veranstalterin Prof. Dr. Ina Kerner von der Universität Koblenz schloss daran an und präsentierte in ihrem eigenen Beitrag erste Überlegungen zu einer dekolonialen Konzeption von Staat und Staatlichkeit. Wichtig war dabei nicht zuletzt, die eingangs erwähnte Diskrepanz zwischen westlichem Lehrbuch und lokaler Realität, die sich in weiten Teilen des globalen Südens zeigt, zu historisieren und auf diese Weise kolonialhistorische Einflussfaktoren in den Blick zu nehmen – um zu neuen Bewertungen der Diskrepanz und möglicherweise auch zu neuen politischen Problemlösungswegen zu kommen.

**Empirische Forschung unterstützt politiktheoretische Diskussion**

Die weiteren vier Vorträge basierten auch auf empirischen Forschungsarbeiten und konnten so die bis dato vor allem politiktheoretisch gehaltene Diskussion untermauern, präzisieren und erweitern. Marcial Suarez von der Universidade Federal Fluminense in Rio de Janeiro gab einen eindrucksvollen Einblick in seine Forschung in der Grenzregion zwischen Brasilien, Kolumbien, Peru und damit in Amazonien. Er zeigt nicht nur, dass die Staatsgrenzen in dieser Region äußerst porös sind, sondern auch, dass die Region de facto in hohem Maße von äußerst gewaltsam agierenden Akteur\*innen regiert wird, die etwa im Drogenhandel und im illegalen Holzschlag engagiert sind. Die eurozentrischen, in der Politikwissenschaft verbreiteten Modelle politischen Regierens sind Suarez zufolge in dieser Region nicht adäquat.

Veronika Zablotsky von der Freien Universität Berlin, die im Sommersemester 2024 Vertretungsprofessorin an der Universität Koblenz war, richtete den Blick auf die armenische Diaspora und Verbindungslinien zwischen Staatsbildungsversuchen und legaler Wirtschaft. Sie zeigte anhand mehrerer Beispiele, wie nicht zuletzt Philanthrop\*innen derzeit versuchen, diese Diaspora ökonomisch zu integrieren. Das post-sowjetische Armenien erscheint dabei als eine Art Start-Up, explizit auch jenseits des aktuellen armenischen Staatgebiets.

Katrin Seidel von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem dortigen Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung bereicherte die Perspektiven der Tagung um Einsichten aus ihrem Forschungsgebiet am Horn von Afrika. Sie zeigte, inwiefern die klassischen Staatsmodelle den komplexen Realitäten in dieser Region nicht gerecht werden, und lieferte damit eindrückliche empirische Beispiele für die oben konstatierte Diskrepanz zwischen Lehrbuch und Wirklichkeit. Auf dieser Grundlage plädierte sie dafür, die Diskrepanz nicht weiterhin vor allem als Mangel, Schwäche oder Fragilität zu verstehen, sondern stattdessen komplexere und damit angemessene Staatsverständnisse zu entwickeln, die auch ein neues Licht auf aktuelle Sezessions- und Staatsgründungsversuche in der Region ermöglichen.

Nele Weiher von der Universität Koblenz richtete schließlich den Blick nach Südasien. Sie thematisierte den komplexen Fall der Transgenderpolitik in Pakistan und zeigte zentrale historische Wegmarken des staatlichen Umgangs mit dieser Personengruppe – einschließlich ihrer systematischen Kriminalisierung während der britischen Kolonialzeit.

Zusammengenommen demonstrierten die Beiträge eindrücklich, dass post- und dekoloniale Perspektiven auf Demokratie und Staatlichkeit vielversprechende analytische Unterfangen sind – und bereiteten den Grund für weitere Aktivitäten und Kooperationen auf diesem Gebiet.

**Fachliche Ansprechpartnerin**

Prof. Dr. Ina Kerner

Universität Koblenz

Universitätsstr. 1

56070 Koblenz

Tel.: 0261 287

E-Mail: kerner@uni-koblenz.de

**Pressekontakt**

Dr. Birgit Förg

Universität Koblenz

Universitätsstraße 1

56070 Koblenz

Tel.: 0261 287 1766

E-Mail: birgitfoerg@uni-koblenz.de